

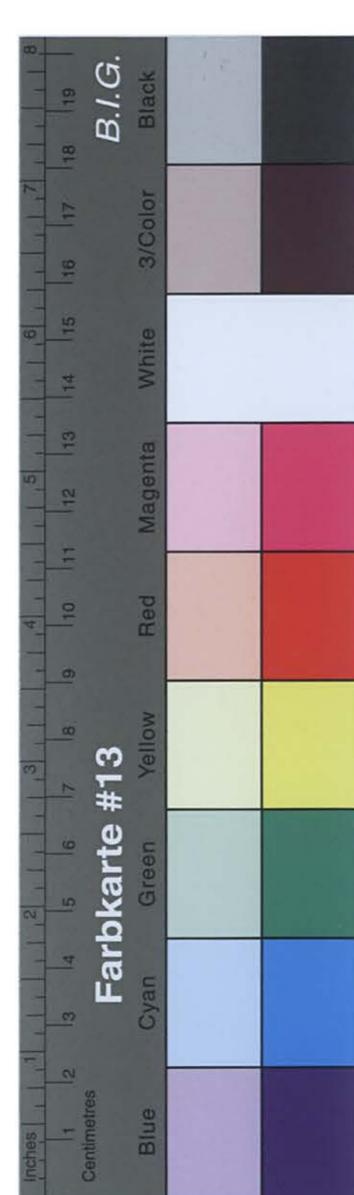


# Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B2

918



# Kreisarchiv Stormarn B2

Formular Nr. \_\_\_\_\_

## Sonderhilfs-Ausschuss

für den Kreis \_\_\_\_\_

Kreis: Stormarn  
 25 MAI 1949  
 Anl./Tgb. Nr. \_\_\_\_\_

### Antrags-Formular für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.

Familiennam: Voss Rufname: Antonie

(bei Frauen auch Geburtsname) vera Brüss geb. Schläpke (bei Männern geb. Schläpke) während der Haft weiblich

Geburtsort: Stof Griesdorf/Hanenburg.

Gegenwärtige Anschrift: Klein-Bersenberg, Bad Oldesloe-Land.

Beruf und Beschäftigung: Büchlerin

Art des Personalausweises und dessen Nummer: blaue Personalausweis No. A.V. 619079

Anzahl der Kinder (mit Altersangaben) und sonstiger abhängiger Angehöriger: drei (14 Jahre Junger Brüss, 12 Jahre Jünger Brüss, 6 1/2 Monate Jüngerin Voss.)

Grund der Gefangensetzung: Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen

In Haft in	vom	bis
<u>Lübeck (Leiner = Kopf)</u>	<u>27. 2. 44</u>	<u>19. 8. 44</u>
<u>Anrath bei Eggen (ausflüchtend) 3 Wochen</u>	<u>6. 9. 44</u>	<u>2. 11. 44</u>
<u>früher hantw. Schwarmberg, Almdorf</u>	<u>12. 11. 44</u>	<u>15. 4. 45</u>
<u>Bücherei bei Fußsbühl</u>	<u>22. 4. 45</u>	<u>21. 5. 45</u>

Name der Person, die Sie angezeigt hat: Herr Hinke, Groß-Bersenberg, Post: Bad Oldesloe-Land.

Verurteilt durch: Sondergericht Kiel

am: 14. 7. 1944 Ihre Konzentrationslager-Häftlings-Nummer: 806

Wurden Sie mißhandelt und in welcher Weise? ja, geschlagen und getreten.

Auf welche Weise wurde der Lebensunterhalt Ihrer Familie während Ihrer Haft bestritten? Meine beiden Kinder sind von Arnold Brüss, meinem Schwager ernährt.

Warum stellen Sie erst jetzt den Antrag? Verlängerung Inanspruchn. (b. v.)

Volle Einzelheiten über die Art Ihrer Haft unter Angabe von Zeugen und Beifügung von Abschriften von Dokumenten:  
 Schwaben Strafverfahren gegen Sie? nein  
 Haben Sie gerichtliche Verurteilungen? nein  
 Waren Sie Mitglied der NSDAP. oder einer ihrer Gliederungen? nein 2 Frauenhilfskreis ab 1936

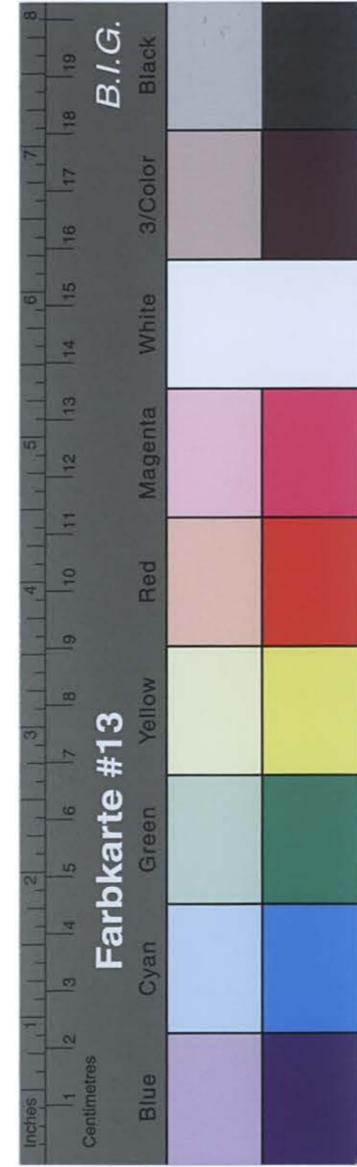
Ich erkläre, daß ich gemäß Absatz \_\_\_\_\_ des Sonderhilfsplanes zur Inanspruchnahme der Sonderhilfe berechtigt bin. Ich versichere, daß ich die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und daß diese voll und ganz der Wahrheit entsprechen. Ich bin mir dessen bewußt, daß unwahre Angaben meinen Ausschluß von der Inanspruchnahme des Sonderhilfsplanes und meine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Datum: 18. Mai 1949 Unterschrift: Antonie Voss

Datum: 23. Mai 1949 Gegenunterschrift: Der Bürgermeister

Eigenschaft der Person, die die Gegenunterschrift vollzieht: Bürger

\*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.  
 POL. CCG. 319b 319M 12.45



# Kreisarchiv Stormarn B2

Nachdem ich 5 Wochen von Birkach bis Kl. Wersberg zu meinem  
Wohnort leutet hat, begab ich mich nach Oldenloe zum  
engl. Kommandanten. Als ich ihm meine Angelegenheit schilderte, sagte  
er mir, dass ja Sieber schon sich in einem Lager befände. Alle anderen  
Forderungen werden später von deutscher Frontstelle geregelt, mir dürfte  
meine 3-Zimmerwohnung nicht redigiert werden, also ich brauchte  
keinen Wohnraum abgeben. Jetzt, da es diese Entscheidung geben soll,  
(es würde mir bei der Entlassung, als ich auf dem politischen Flügel  
stand von dem amerikanischen Offizier, der mir antwortete, gesagt, dass wir  
die Entlassung für unsere gleichzeitigen Arbeiten später behändigen)  
stelle ich erst jetzt den Antrag. An wen sollte ich mich vorher  
wenden? Aufmerksam wurde ich auf <sup>genau</sup> Notwendigkeit an die westlichen  
durch Herrn Gerichtsvollzieher Herrmann, Zed Oldenloe.

Lt. Akt 12 Son. VL 9, 72/44  
627 2. 11. 44 Mächtigkeit

2

- Voss - D./K. -

P r o t o k o l l

der 22. Sitzung des Kreissonderhilfsaus-  
schusses Stormarn am 31. Juli 1949.

Es waren anwesend:

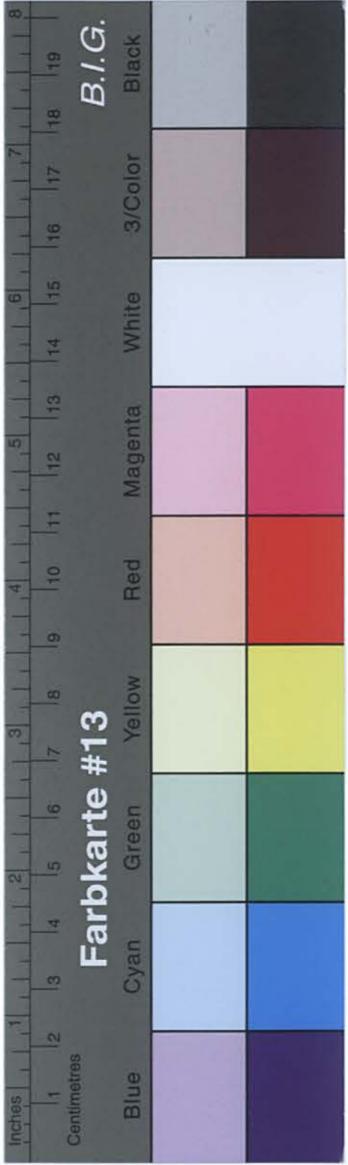
1. Herr Siege,	Vorsitzender
2. Herr Prof. Dr. Bammner,	Beisitzer
3. Herr Pietsch,	stellv. Beisitzer
4. Herr Dabelstein,	Geschäftsführer.

Vorsitz: Antrag der Frau Antonia V o s s in Klein Wersberg auf Anerkennung  
als ehem. polit. Verfolgte.

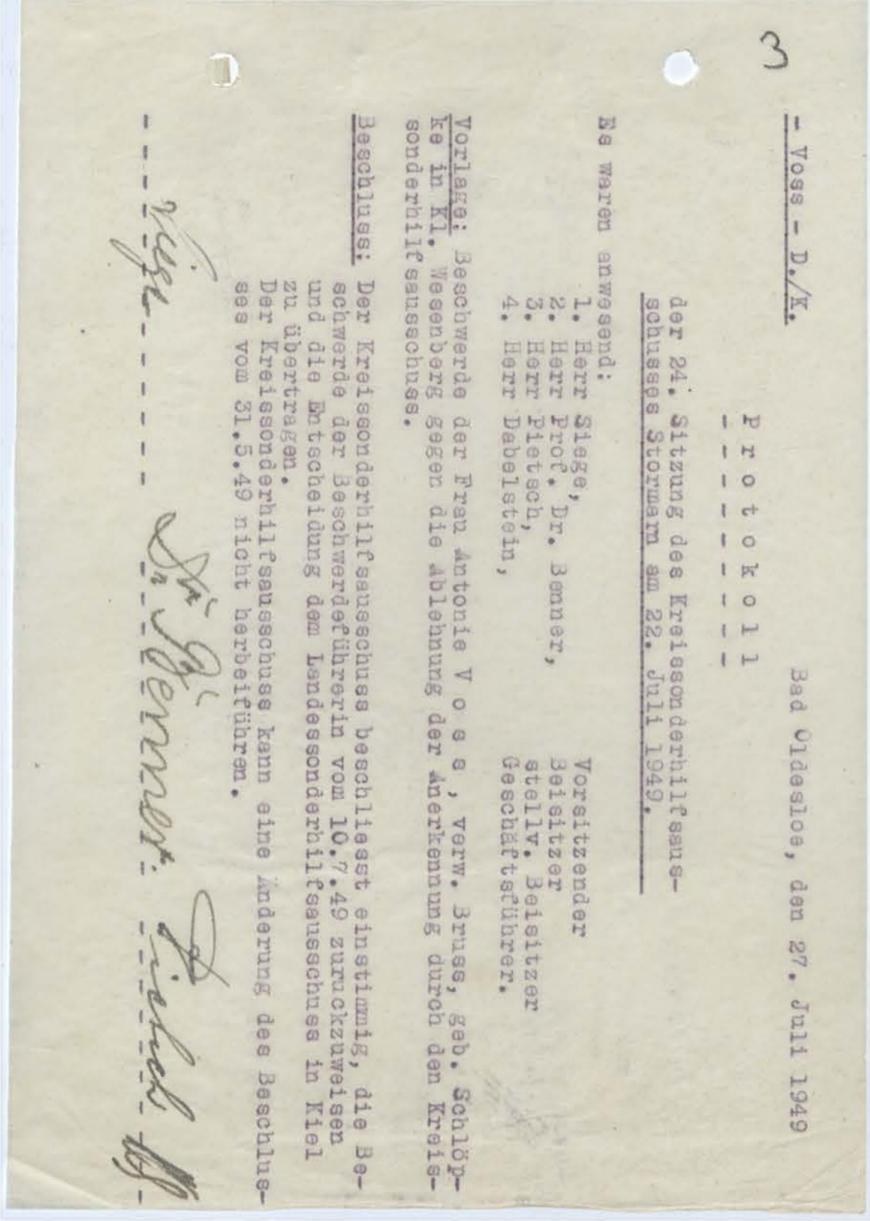
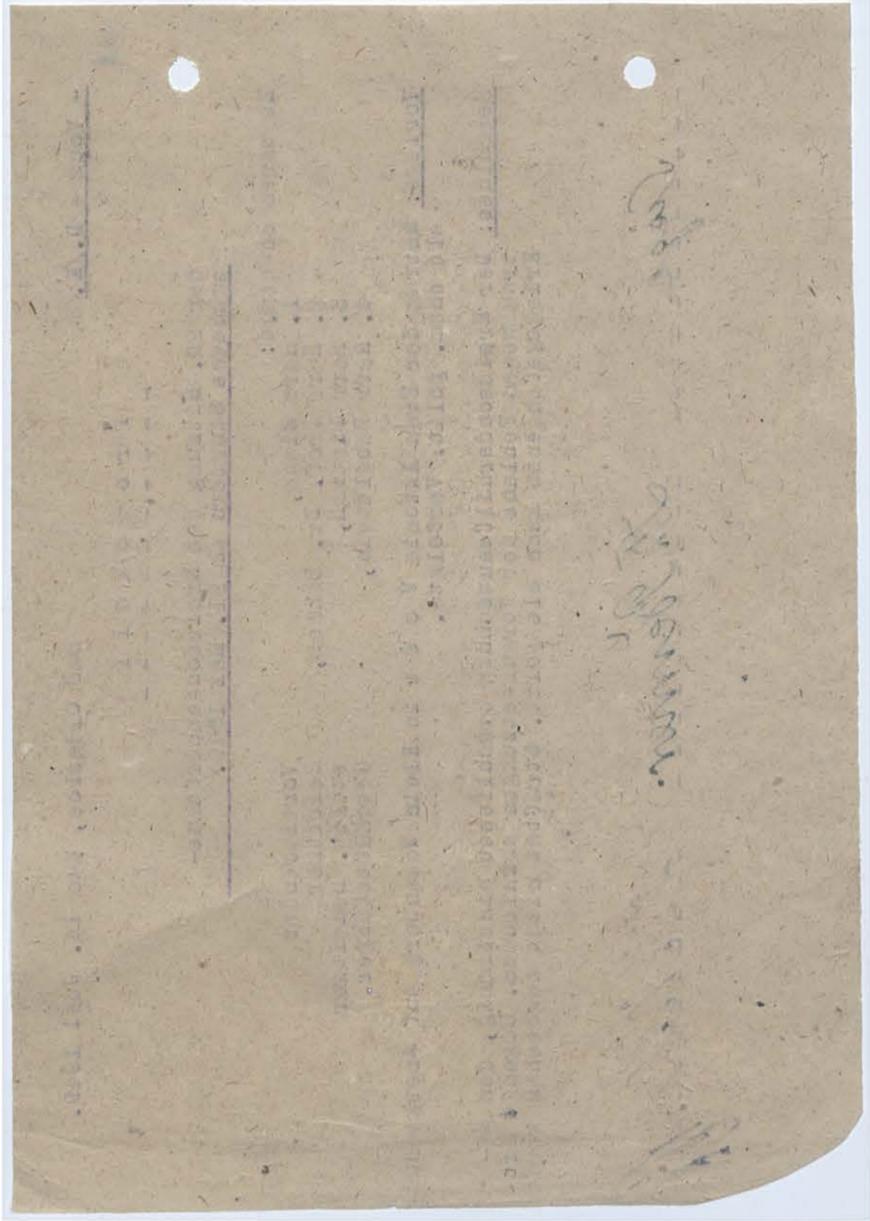
Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst einstimmig, den An-  
trag wegen Fehlens der Voraussetzungen abzulehnen. Umgangt mit  
Kriegsgefangenen kann als polit. Straftat nicht angesehen werden

Bed Oldesloe, den 14. Juli 1949.

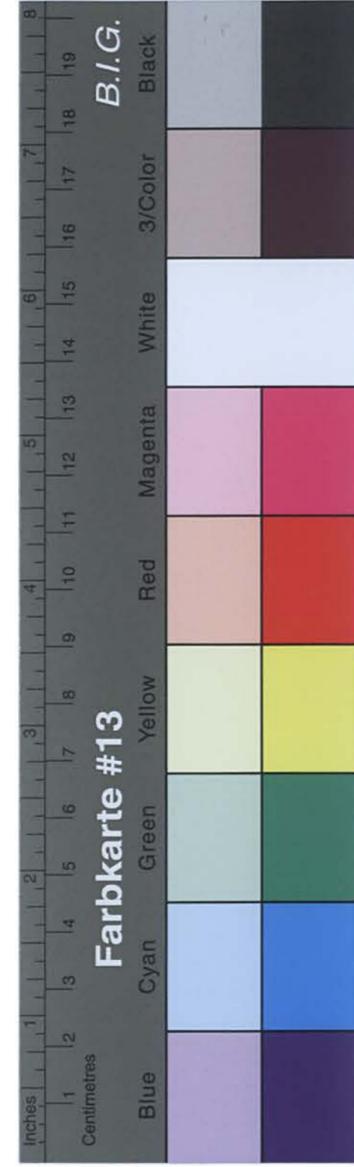
- Siege -  
Dr. Bammner  
Dabelstein



# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2

Bad Olseeloe, den 24. Februar 1949

enen  
vorschuss für den Monat März 1949 \_\_\_\_\_ DM

stung über \_\_\_\_\_ DM für VB 40 fertigen.  
lkartel.

Im Auftrage:

5

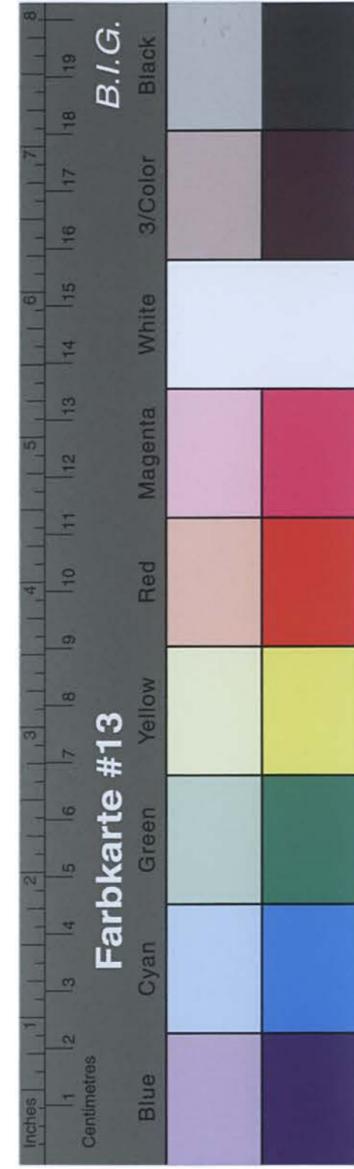
4/413 - Kreisonderhilfensachnes -  
- Voss - D./E.

An die  
Staatsanwaltschaft  
in K i e l

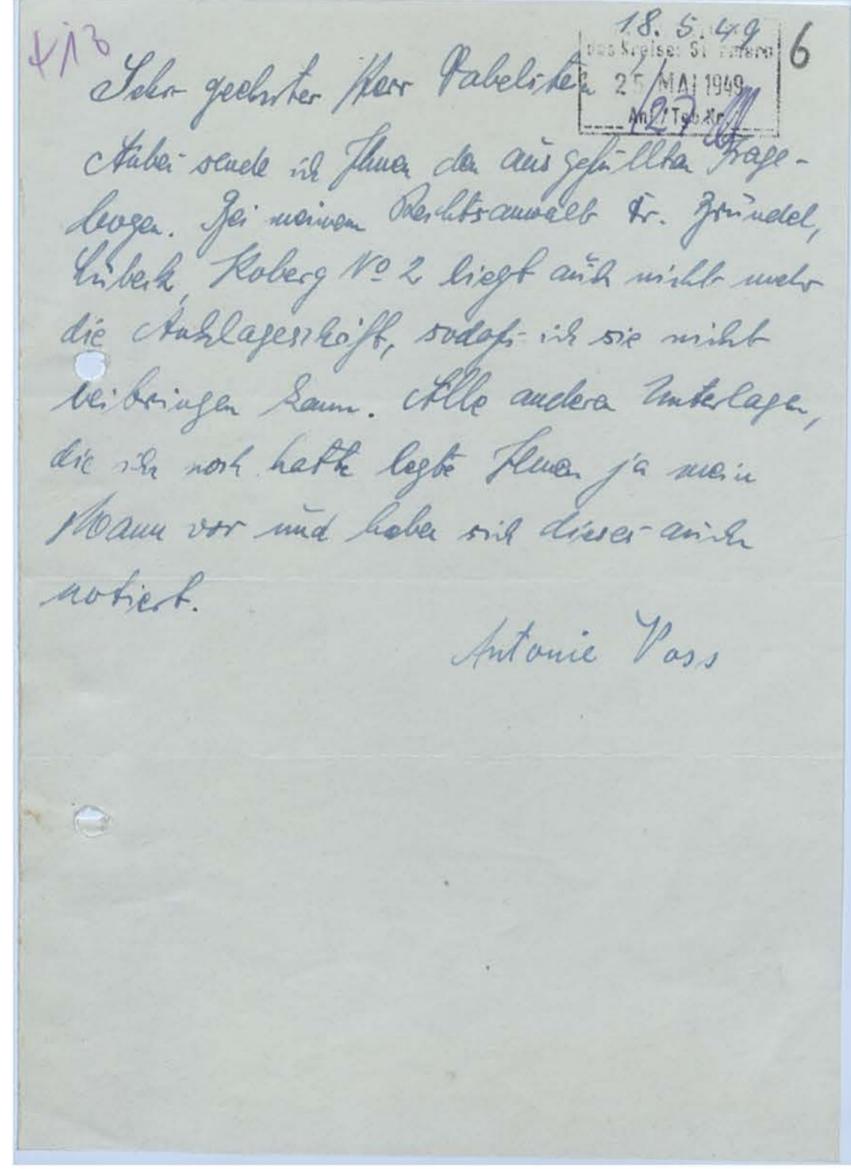
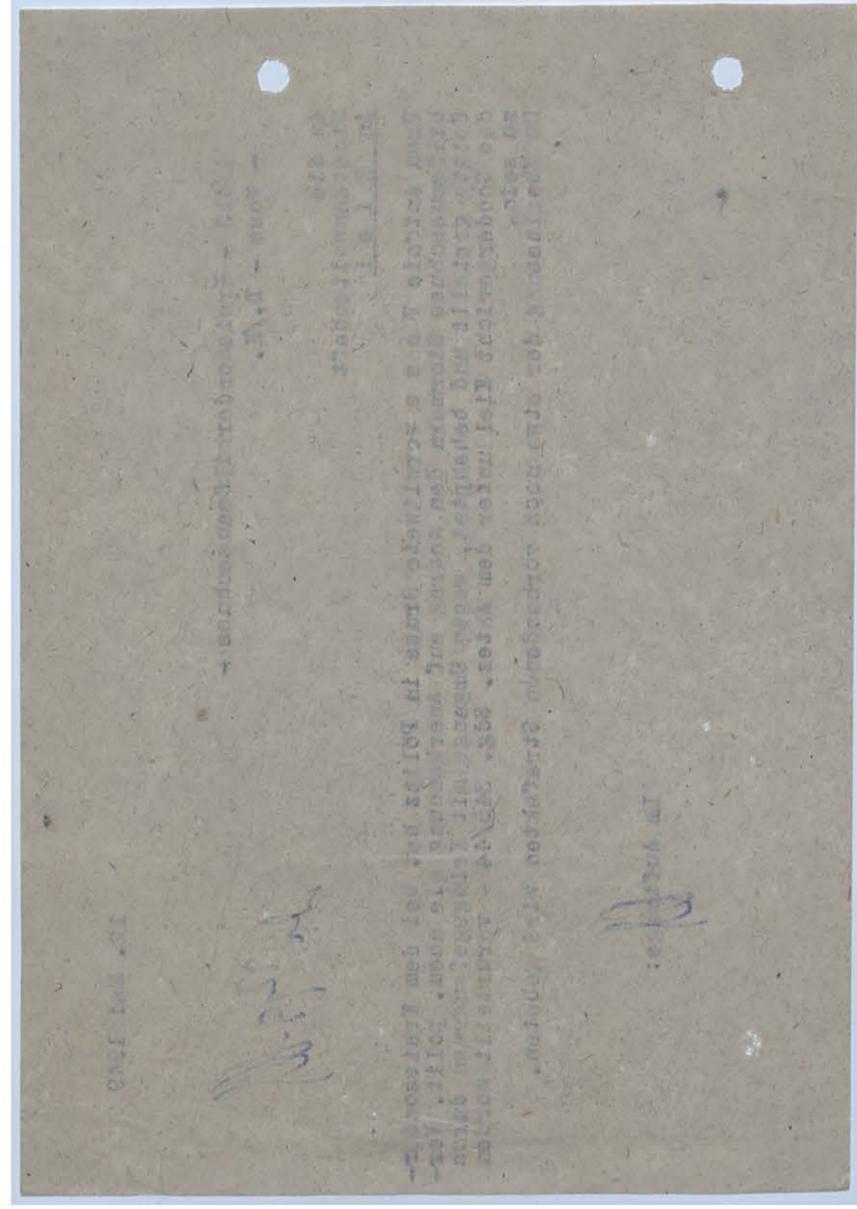
Frau Antonie V o s s e s verwitwete Bruuse in Politz hat bei dem Kreisonder-  
hilfensachnes Stormarn nep armaronep artrag auf Anerkennung als ehem. Polit. Ver-  
folgte gestellt und behauptet, wegen Umstände mit Kriegsgeschehenen durch  
des Sondergericht Kiel nunmehr dem Art. 2. 345/44 - Verurteilt worden  
zu sein.  
Um Überlassung der nep wie nep vorhandnen Strafakten wird gebeten.

Im Auftrage:  
*[Signature]*

12. Mai 1949

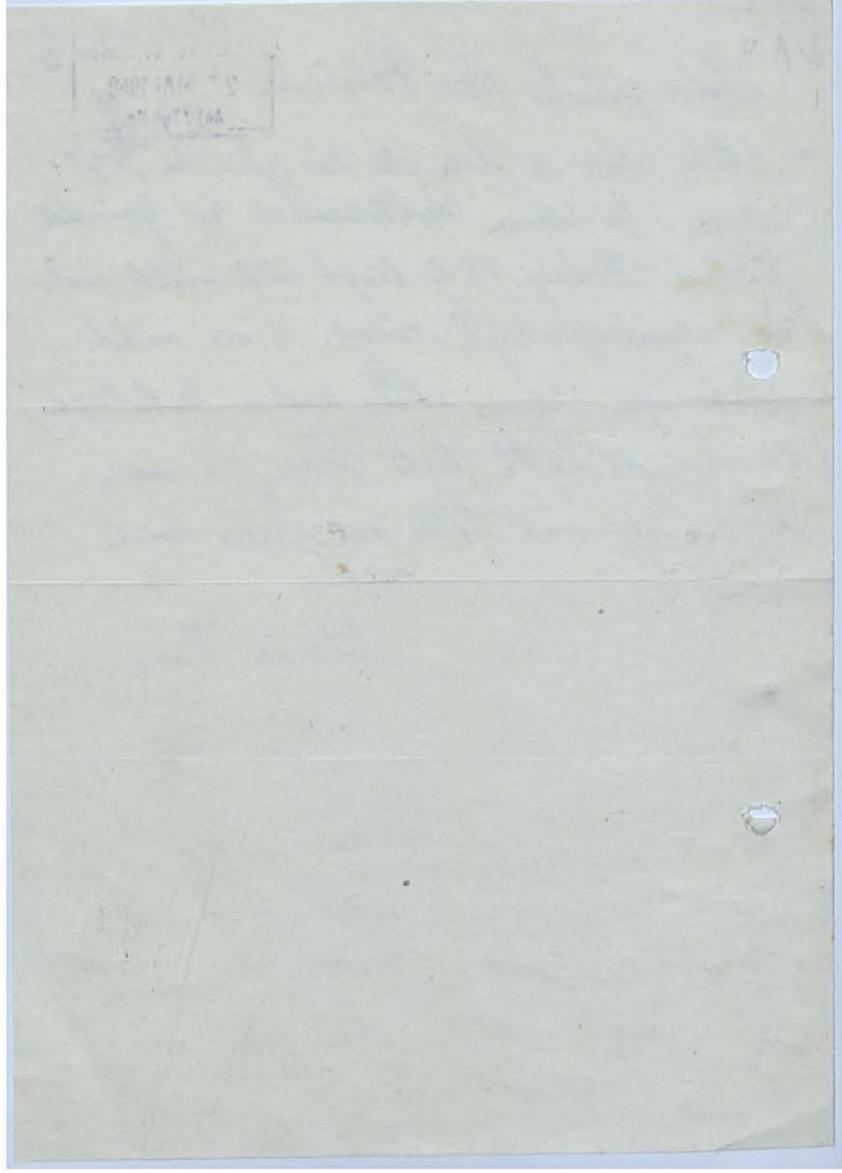


# Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2

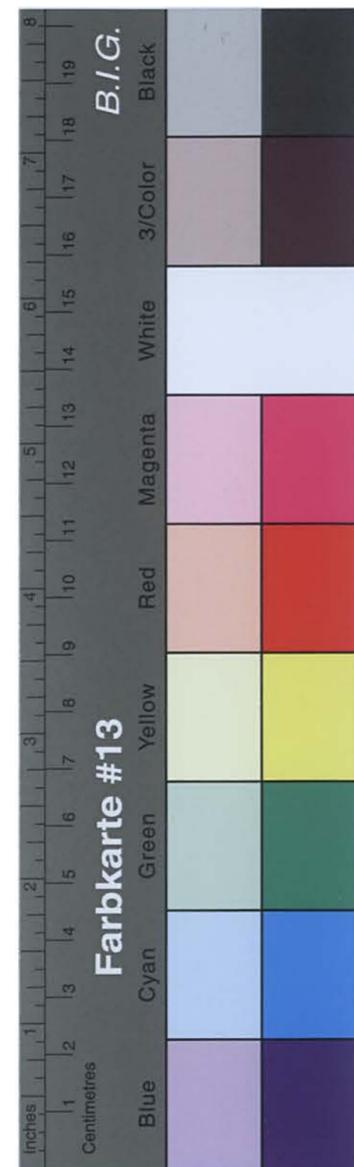


Der Oberstaatsanwalt  
Kieler Kl. 12 Kl. 72/44  
Kiel, den 19. Mai 1949.

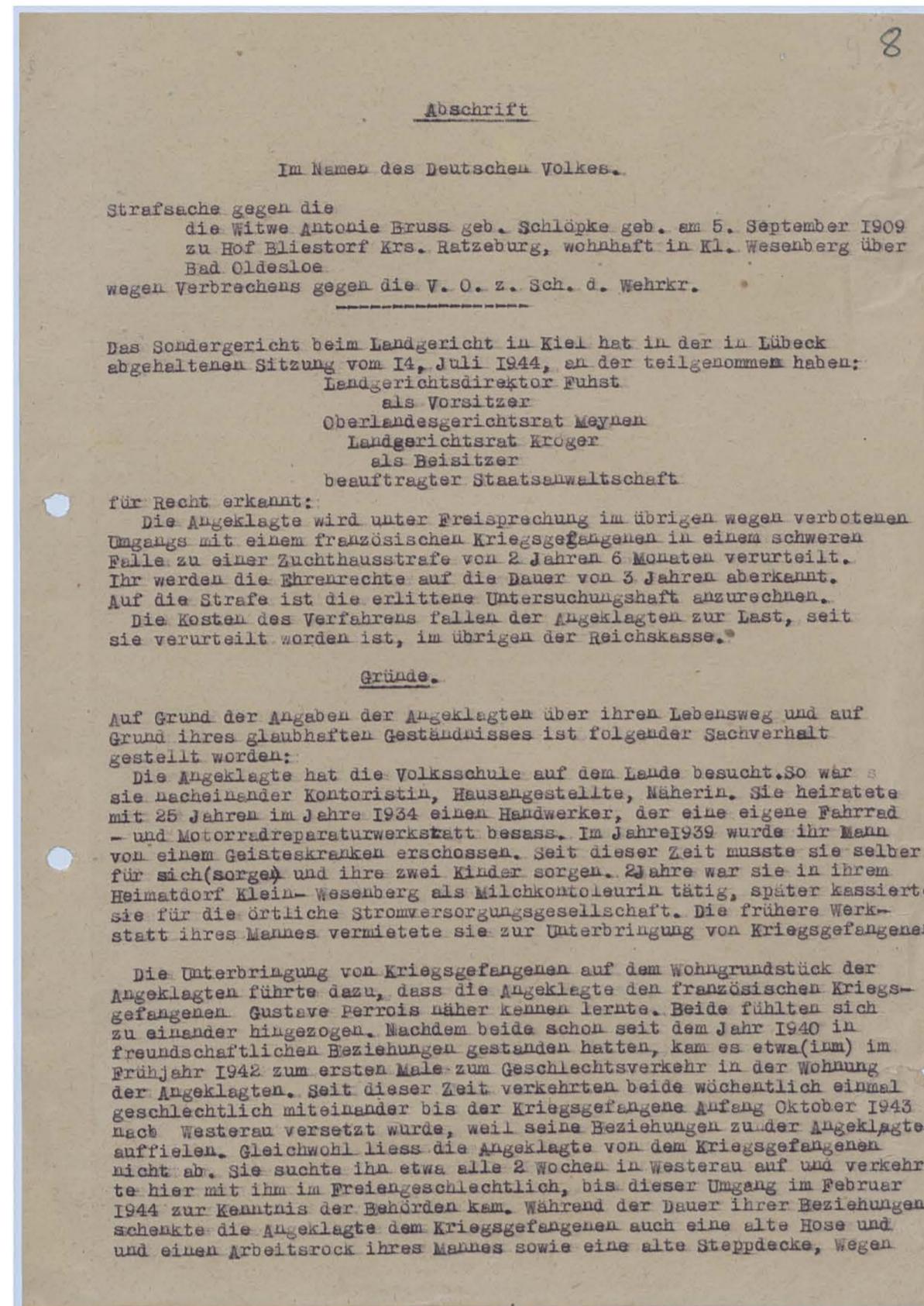
An die  
Verwaltung des Kreises Stormarn:  
-Der Kreisdirektor- 23. MAI 1949  
in Bad Oldesloe. Amtl. Tg. Nr.

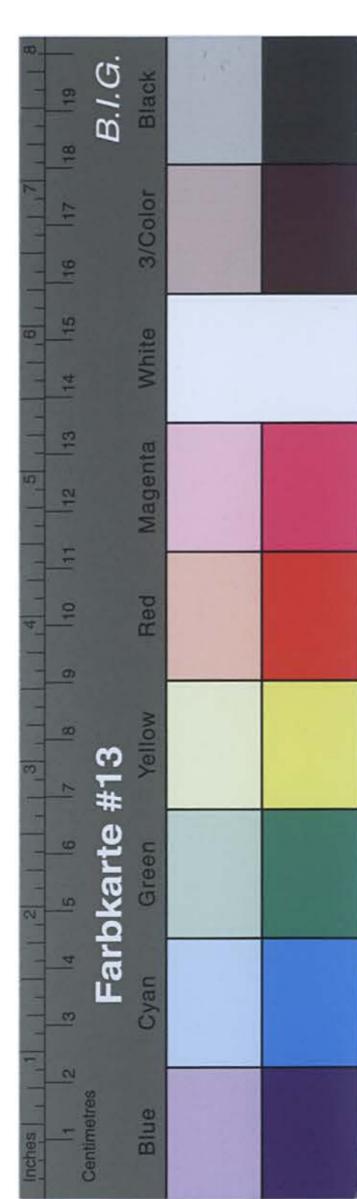
Abt.: 4/413 - Kriegssonderhilfsausschuss  
G.-Z.: -Voss - D./K.  
Betr.: Frau Antonie Voss verwitwete Bruss.  
Schreiben: vom 12. Mai 1949.  
Anlagen: 1 Band Akten.

In der Strafsache gegen Bruss werden anliegende Akten - (11/14) 12 Kl. 72/44 - übersandt.  
Auf Anordnung:  
*M. Müller*  
Zuffingehaffler



# Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2

Wegen seiner Beziehung zu der Angeklagten ist Perrois durch das Kriegsgericht zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, dass die Angeklagte vorsätzlich mit einem Kriegsgefangenen in einer Weise Umgang geflogen hat, die das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt. Nach der Rechtsprechung der Sondergerichte und der anderen Gerichte liegt auch ohne weiteres ein schwerer Fall vor. Die Angeklagte ist mithin eines Verbrechens nach §4 der VO. zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes schuldig.

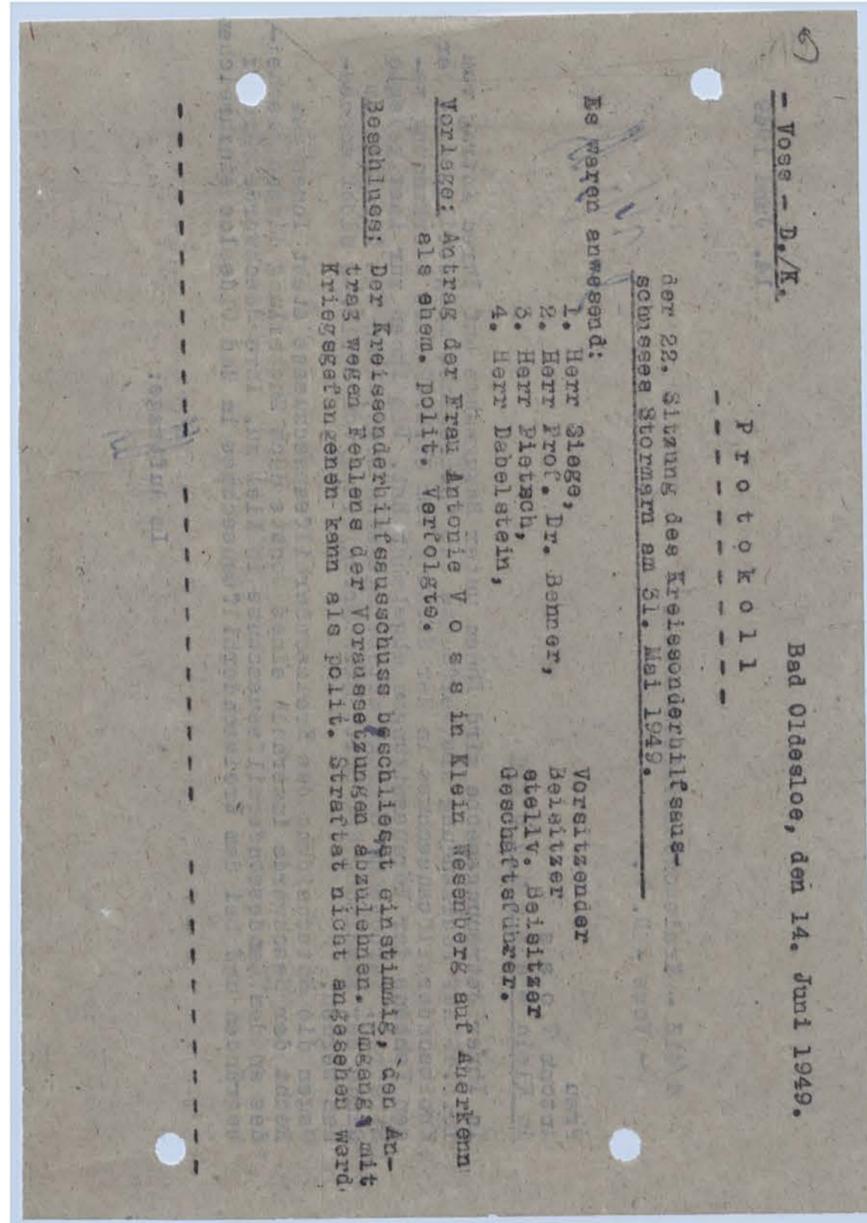
Es mag der Angeklagten zugegeben werden, dass sie sich und ihren Kindern nach dem tragischen Tode ihres Mannes in harter Arbeit durchgebracht hat. Gleichwohl müssen bei der Gesamtwürdigung ihres Verhalten die persönlichen Verhältnisse der Angeklagten gegenüber den Belangen der Allgemeinheit zurücktreten. Denn der Geschlechtsverkehr einer deutschen Frau mit einem Kriegsgefangenen führt nicht nur zu einer Herabsetzung des Ansehens der deutschen Frau im Ausland, sondern bedeutet auch vermöge der mit dem Geschlechtsverkehr verbundenen Anhängigkeit eine schwere Gefahr für die Allgemeinheit, der der Kriegsgefangene unter diesen Umständen oder mittelbar um so leichter schwere Nachteile zufügen kann. Besonders schwer ist die Tat der Angeklagten um deswillen, weil sie die Gefangenen noch nachgefahren ist, obwohl dieser wie ihr bekannt war wegen seines verdächtigten Umgangs verurteilt war. Aus der glaubhaften Aussage der vor dem Sondergericht als Zeugin vernommen 18 Jahre alten Haustochter Helga Begeest ergibt sich, dass diese Zeugin in der Wohnung der Angeklagten häufiger mit einem anderen französischen Kriegsgefangenen Geschlechtsverkehr unterhalten hat, aus dem sie schwanger geworden ist. Das Gericht ist nicht davon überzeugt, dass die Angeklagte die Zeugin zu diesem ehrvergesenen Verhalten veranlasst hat. Entgegen dem Bestreiten der Angeklagten muss aber festgestellt werden, dass die Angeklagte diesen Geschlechtsverkehr in ihrer Wohnung bewusst geduldet hat. Denn sie liess das junge Mädchen mit dem Kriegsgefangenen in der Wohnstube allein, während sie selbst in der Schlafstube mit anderen Kriegsgefangenen geschlechtlich verkehrte. Unter diesen Umständen kann der Angeklagten nicht geglaubt werden, sie habe nicht gewusst, was die die beiden anderen trieben. Dieses Vorbringen der Angeklagten ist viel mehr nach der Auffassung des Gerichts nur eine leere Ausrede. Nach allen diesen Umständen ist die Tat der Angeklagten mit 2 1/2 Jahren Zuchthaus eher zu milde denn zu hart gesüht. Auf diese Strafe kann der Angeklagten, da sie in der Hauptverhandlung geständig war, die erlittene Untersuchungshaft nach §60 StGB angerechnet werden. Gemäss § 32 StGB. erscheint es wegen der von der Angeklagten bewiesene ehrlosen Gesinnung erforderlich ihr die Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren abzuerkennen.

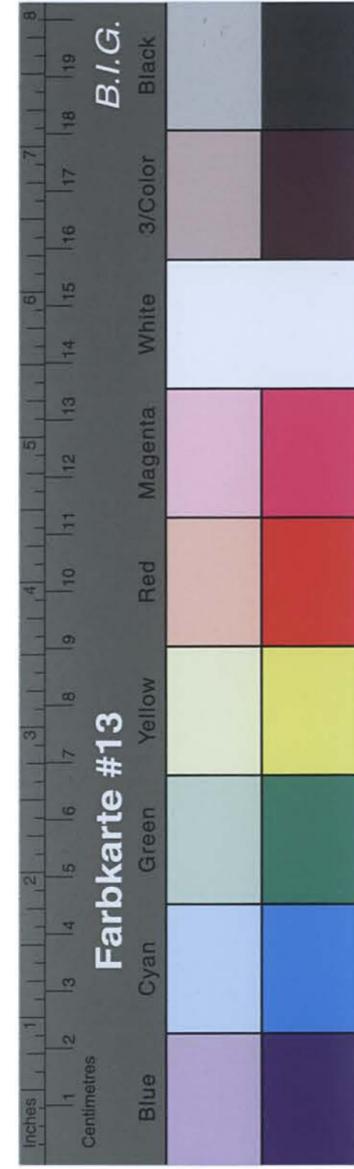
Der Angeklagten wird weiter noch zur Last gelegt, der Helga Begeest im Sommer 1943 bei dem Versuch, ihre Frucht im Mutterleib abzutreiben, Beihilfe geleistet zu haben. Sie bestreitet das.

In dieser Beziehung hat die Hauptverhandlung auf Grund der glaubhaften Aussagen der Zeugin mit der Bittens um Rat angegangen, der Zeugin den Rat gab, heisse Fussbäder zu nehmen und viel zu springen, um die Schwangerschaft zu unterbrechen, denselben Rat hatte der Zeugin zuvor schon der Kriegsgefangene Schwängeren gegeben. Sie hatte diesen Rat auch schon befolgt, aber ohne Erfolg. Dass sie unter diesen Umständen auf den Rat der Angeklagten wieder dasselbe tat, ist wenig wahrscheinlich und auch durch die insoweit unklar gebliebene Aussage der Zeugin nicht erwiesen.

Von der Anklage der Beihilfe zur versuchten Abtreibung ist die Angeklagte daher freizusprechen.

Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 465, 467 (StPO.) StPO.





# Kreisarchiv Stormarn B2

14. Juni 1949

4/413 Kreissonderhilfensausschuss - Voss - D. K.

Frau Antonis V o s s  
in Klein W e s e n b e r g

In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen unter Bezugnahme auf Ihren Antrag vom 18.5.49 auf Anerkennung als verfalltes des Waziregimes mitgeteilt, dass der Kreissonderhilfensausschuss in der Sitzung vom 21.5.49 Ihre Anerkennung wegen Fehleinschätzung der Voraussetzungen abgelehnt hat. Die Ihnen zur Last gelegte Straftat, verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen, kann als Straftat im Sinne der Anweisung der brit. Militärregierung vom 22.12.45 nicht angesehen werden.

Bezugnehmend auf die Entscheidung des Kreissonderhilfensausschusses steht Ihnen das Recht der Beschwerde innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides an den Kreissonderhilfensausschuss in Kiel zu. Ihre Beschwerde würde begründet und bei dem Kreissonderhilfensausschuss in Bad Oldesloe einzureichen sein.

Im Auftrage:

10

Bad Oldesloe, den 14. Juni 1949

- Voss - D. K.

An die  
Oberstaatsanwaltschaft  
in K i e l

In der Strafsache gegen Frau Antonis V o s s veru.  
Bruns  
- Akttz.: (11/14) 12 Mg. 72/44 -

Werden anliegend die Akten nach Einsichtnahme mit  
Dank zurückgesandt.

Im Auftrage:



# Kreisarchiv Stormarn B2

Bad Oldesloe, den 10.2.1949

P. D. S.

Kreisverwaltung Stormarn  
- Kreiswohlfahrtsamt -

Herrn

.....

.....

.....

Als Schwere schädigter erhalten Sie anliegend  
..... Brennstoffgutscheine über je 1 Ztr. Brikett.  
Über eine weitere Zuteilung ist bisher nichts bekannt.

Im Auftrage:

11

Bad Oldesloe, den 27. Juli 1949

- T o s s - D. / K.

P r o t o k o l l

- - - - -

der 24. Sitzung des Kreissonderhilfsaus-  
schusses Stormarn am 22. Juli 1949.

Es waren anwesend:

1. Herr Stege,	Vorsitzender
2. Herr Prof. Dr. Banner,	Beisitzer
3. Herr Pietsch,	stellv. Beisitzer
4. Herr Dabelstein,	Geschäftsführer.

Vorlage: Beschwerde der Frau Antonie V o s s ; Verw. Bruns, geb. Schlop-  
ke in Kl. Wessenberg gegen die Ablehnung der Anerkennung durch den Kreis-  
sonderhilfsausschuss.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst einstimmig, die Be-  
schwerde der Beschwerdeführerin vom 10.7.49 zurückzuweisen  
und die Entscheidung dem Landessonderhilfsausschuss in Kiel  
zu übertragen.  
Der Kreissonderhilfsausschuss kann eine Änderung des Beschlus-  
ses vom 31.5.49 nicht herbeiführen.



# Kreisarchiv Stormarn B2

12

ausg. 413.67 Kreisgerichtshilfsausschuss des St. SS. nov. 1949  
 - Rosen, W. K., niedersächs. St. Hilf. einholen neugew. J. 1949, im  
 \*jedem bei Guhlerstadt dass nicht ed. 1949

An die  
 Landesregierung Schleswig - Holstein  
 Ministerium des Innern  
 Ref. I 8 A Pol. W. G.  
 - Landesgerichtshilfsausschuss -  
 in Kiel

Betrifft: Beschwerde der Frau Antonie V o s s in Kl. Wesenberg gegen die  
 Ablehnung der Anerkennung durch den Kreisgerichtshilfsausschuss.

In der Betreuungssache Frau Antonie Voss in Kl. Wesenberg werden anliegend  
 die Akten überreicht, mit der Bitte um Entscheidung über die am 10. 5. 49  
 eingelegte Beschwerde der Beschwerdeführerin gegen den Beschluss des  
 Kreisgerichtshilfsausschusses vom 31. 5. 49.

Die Beschwerdeführerin ist durch Urteil des Sondergerichts beim Landgericht  
 Kiel am 14. 7. 44 wegen Umgangs mit einem Franz. Kriegesgefangenen in einem  
 schweren Fall zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten verurteilt  
 worden. Auf die Strafe wurde die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Die Voraussetzungen für eine Anerkennung nach der Anweisung der brit.  
 Militärregierung

Das vom St. G. 49 nicht herbeigeführt  
 der Kreisgerichtshilfsausschuss kann eine Vorgang des beschrie-  
 nen Gerichts.  
 und die Aufhebung der Landesgerichtshilfsausschuss in Kiel  
 schwebt der Beschwerdegericht vom 10. 5. 49 unkorrektur  
 beschrieb: der Kreisgerichtshilfsausschuss beschließen erwidert, die be-  
 sonderlichen Ausnahmen.

Ke in Kl. Wesenberg gegen die Ablehnung der Anerkennung durch den Kreis-  
 richter: Beschwerde der Frau Antonie V o s s, Aem. Grues, Kap. Schiff-  
 f. Herr Dapelfahr,  
 3. Herr Dapelfahr,  
 S. Herr Prof. Dr. Gerner,  
 J. Herr Grebe,  
 Es seien auswendig:

schwebt G. G. W. in St. G. 1949  
 der St. G. 1949 des Kreisgerichtshilfsaus-  
 susses

27. Juli 1949

12

ausg. 413.67 Kreisgerichtshilfsausschuss des St. SS. nov. 1949  
 - Rosen, W. K., niedersächs. St. Hilf. einholen neugew. J. 1949, im  
 \*jedem bei Guhlerstadt dass nicht ed. 1949

An die  
 Landesregierung Schleswig - Holstein  
 Ministerium des Innern  
 Ref. I 8 A Pol. W. G.  
 - Landesgerichtshilfsausschuss -  
 in Kiel

Betrifft: Beschwerde der Frau Antonie V o s s in Kl. Wesenberg gegen die  
 Ablehnung der Anerkennung durch den Kreisgerichtshilfsausschuss.

In der Betreuungssache Frau Antonie Voss in Kl. Wesenberg werden anliegend  
 die Akten überreicht, mit der Bitte um Entscheidung über die am 10. 5. 49  
 eingelegte Beschwerde der Beschwerdeführerin gegen den Beschluss des  
 Kreisgerichtshilfsausschusses vom 31. 5. 49.

Die Beschwerdeführerin ist durch Urteil des Sondergerichts beim Landgericht  
 Kiel am 14. 7. 44 wegen Umgangs mit einem Franz. Kriegesgefangenen in einem  
 schweren Fall zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten verurteilt  
 worden. Auf die Strafe wurde die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Die Voraussetzungen für eine Anerkennung nach der Anweisung der brit.  
 Militärregierung

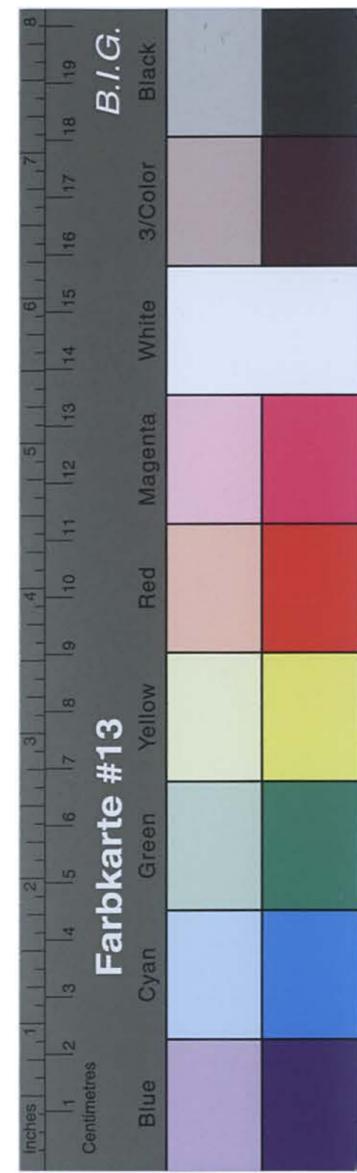
Das vom St. G. 49 nicht herbeigeführt  
 der Kreisgerichtshilfsausschuss kann eine Vorgang des beschrie-  
 nen Gerichts.  
 und die Aufhebung der Landesgerichtshilfsausschuss in Kiel  
 schwebt der Beschwerdegericht vom 10. 5. 49 unkorrektur  
 beschrieb: der Kreisgerichtshilfsausschuss beschließen erwidert, die be-  
 sonderlichen Ausnahmen.

Ke in Kl. Wesenberg gegen die Ablehnung der Anerkennung durch den Kreis-  
 richter: Beschwerde der Frau Antonie V o s s, Aem. Grues, Kap. Schiff-  
 f. Herr Dapelfahr,  
 3. Herr Dapelfahr,  
 S. Herr Prof. Dr. Gerner,  
 J. Herr Grebe,  
 Es seien auswendig:

schwebt G. G. W. in St. G. 1949  
 der St. G. 1949 des Kreisgerichtshilfsaus-  
 susses

27. Juli 1949





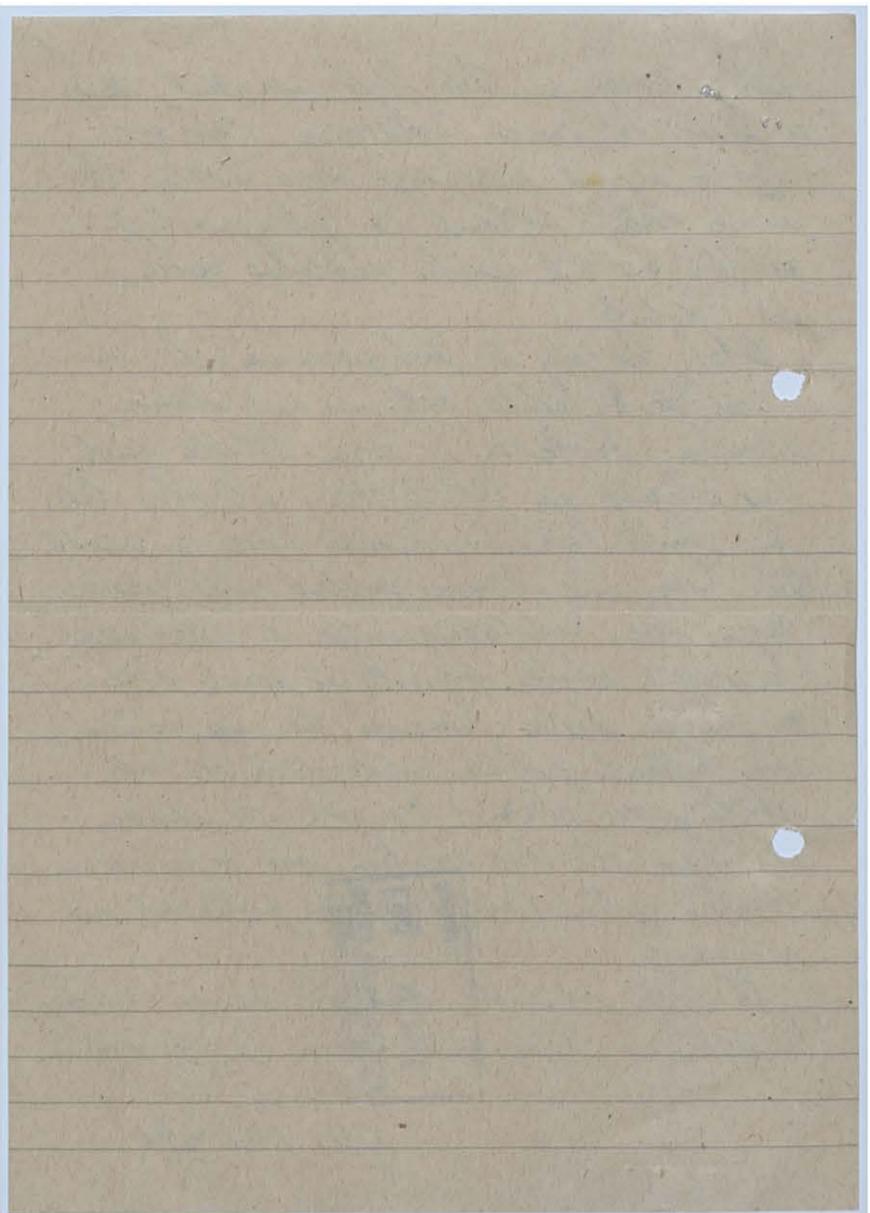
# Kreisarchiv Stormarn B2

dem das hatte ja die Dorfbevölkerung schon gemacht,  
ich war ja im Gefängnis und in den Tagen der  
Kriegs- und Gefangenensorgen. Aber was alles  
auf meinem Grundstück gestaltet. Mein Haus war  
ein billiger Hof (Dachstuhl) und die  
und die gebaute wurden. Die sind hier durchge-  
schleust. Jeder der mit der Handarbeit arbeitet,  
ging mit Pfeffer wieder weg. Alles aber an  
alles was in den Schränken war, wurde mir  
während meiner Haftzeit gestohlen. 3 Mann,  
sämtliche Kleider von mir, auch die roten Mäntel.  
Die ganze Wäsche, das ganze Geschirr, was bei  
meinem Einrückungsaufbruch ich noch ganze  
2 Keller vor. Die Möbel hatte man mir ge-  
lassen. Die bestohene Mauer war leer,  
außer d. T. Lente, die nicht in die Schränke  
konnten, wohnten darin. Das Handwerkzeug  
meiner verstorbenen Mutter, das oben auf der  
Abreise gelassen hatte, auch davon was fort.  
Eine Frau aus dem Dorf hatte sogar noch  
2 Kleider von mir an, aus denen sie sich eine  
Schürze gemacht hatte, es war eine aus gebrochener  
aus Schürze. Ich zeigte es der Polizei an  
nach meiner Niederlegung, immer noch wurde

14  
nichts unterkommen. Ich liegt mir jetzt, denn  
es liegt bei unserer Entlassung, daß wir  
später einmal entschädigt werden sollten. Für  
unser Arbeit während der Gefangenenschaft  
sollten wir auch später entschädigt werden,  
ich warte.  
Jetzt, da nun die Zeit gekommen ist, wo  
meiner Arbeit bezahlt, will man mich abhören,  
aber ich protestiere, ich einen Schaden durch  
dieses Verbrechen von DM 2.000,- erlitten habe.  
Für meine Arbeit habe ich keinerlei Vorteile gehabt.  
Ich kann und kann es einfach nicht fassen.  
Gegen diese Unterdrückung muß ich mich entschieden  
wehren. Wie soll ich jetzt wohl  
zu meiner letzten Summe, die mir während  
der Haftzeit gestohlen wurde durch die Unter-  
drückung der Arbeit? Wo soll ich mir nun  
Schwager all das ersparen, was er an meinen  
Knechten getan hat. Verpflichtet, gekleidet und  
ernährt?  
Ich hoffe mir wohl, daß Sie meinem Antrag  
sprechen. Alles, alles kann Sie raten.  
Antonie Poss  
geb. Schöpke



# Kreisarchiv Stormarn B2



15



**Verwaltung**  
des **Kreises Stormarn**  
— Der Kreisdirektor —

Bad Oldesloe, den 27. Juli 1949  
Fernruf: Sammel-Nr. 151  
Bankkonto: Nr. 1025 der Kreisparkasse  
Postdruck-Konto: Hamburg 13

nr. 4/413 - Kreissonderhilfsausschuss -  
G.Z.: - Voss - D./K.

An die  
Landesregierung Schleswig - Holstein  
Ministerium des Innern  
Hof. I/8 A Pol. Wl. Gu.  
- Landessonderhilfsausschuss -  
in K i e l

LADESREGIERUNG  
SCHLESWIG-HOLSTEIN  
Eing. - 7. VII. 1949  
Anlagen 1/14844

**Betrifft:** Beschwerde der Frau Antonie V o s s in Kl. Wesenberg gegen die Ablehnung der Anerkennung durch den Kreissonderhilfsausschuss.

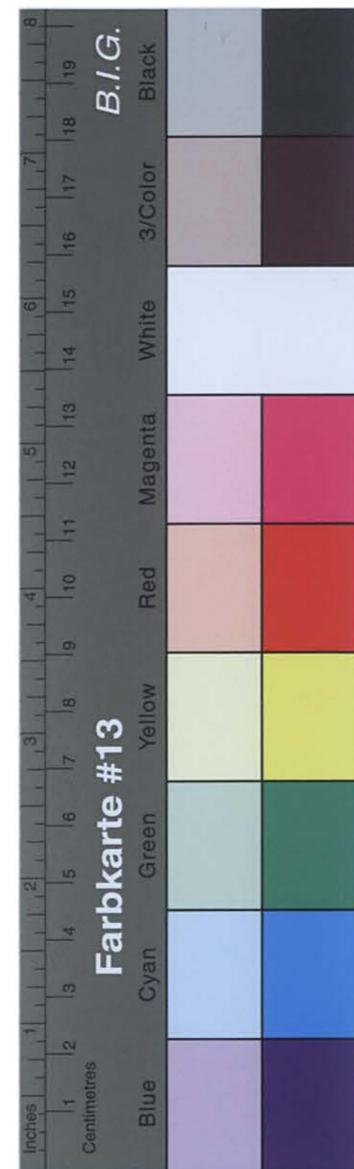
In der Betrennungssache Frau Antonie Voss in Kl. Wesenberg werden anliegend die Akten überreicht, mit der Bitte um Entscheidung über die am 10.7.49 eingelegte Beschwerde der Beschwerdeführerin gegen den Beschluss des Kreissonderhilfsausschusses vom 21.5.49.

Die Beschwerdeführerin ist durch Urteil des Sondergerichts beim Landgericht Kiel am 14.7.44 wegen Umgangs mit einem Franz. Kriegsgefangenen in einem schweren Fall zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten verurteilt worden. Auf die Strafe wurde die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

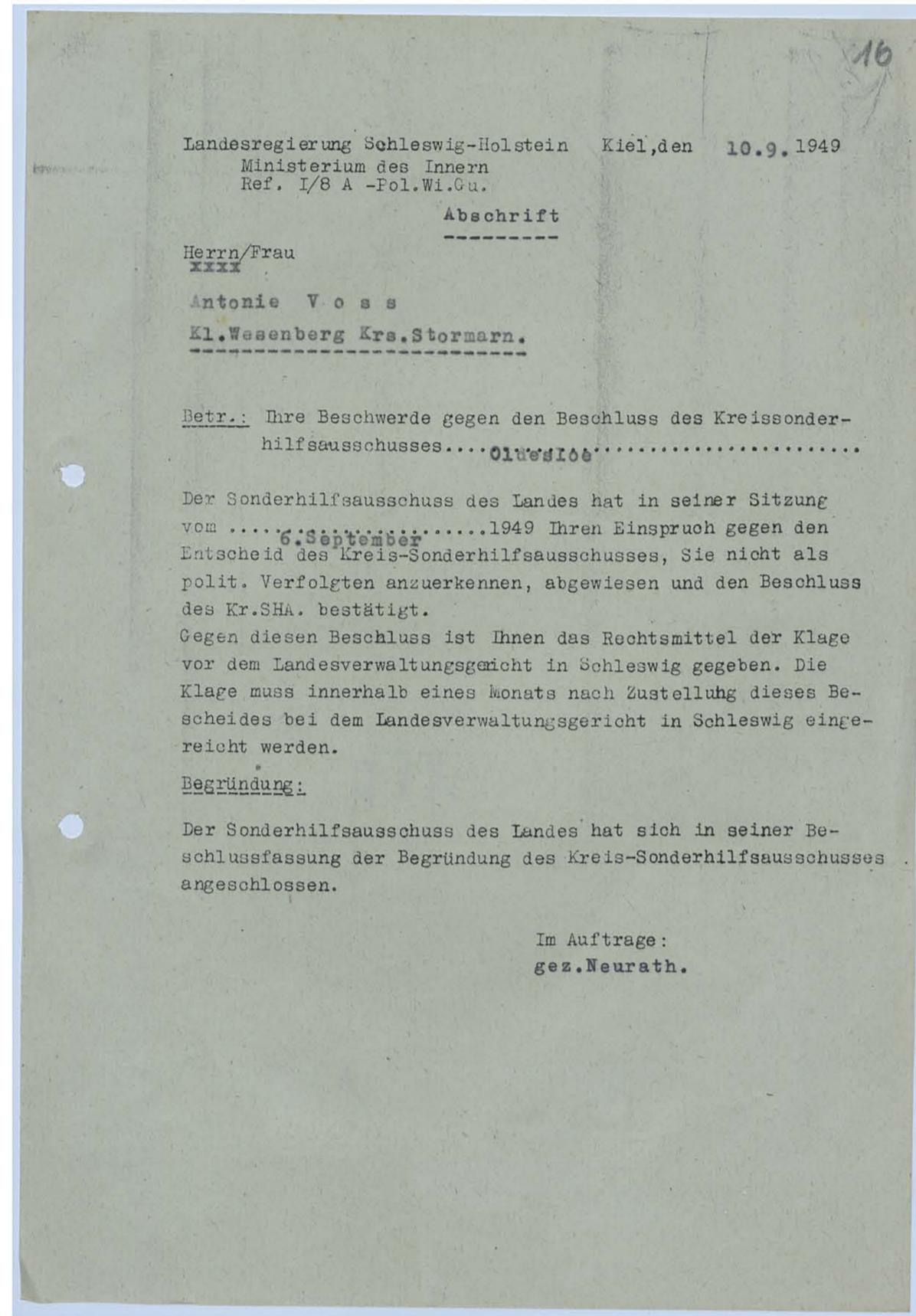
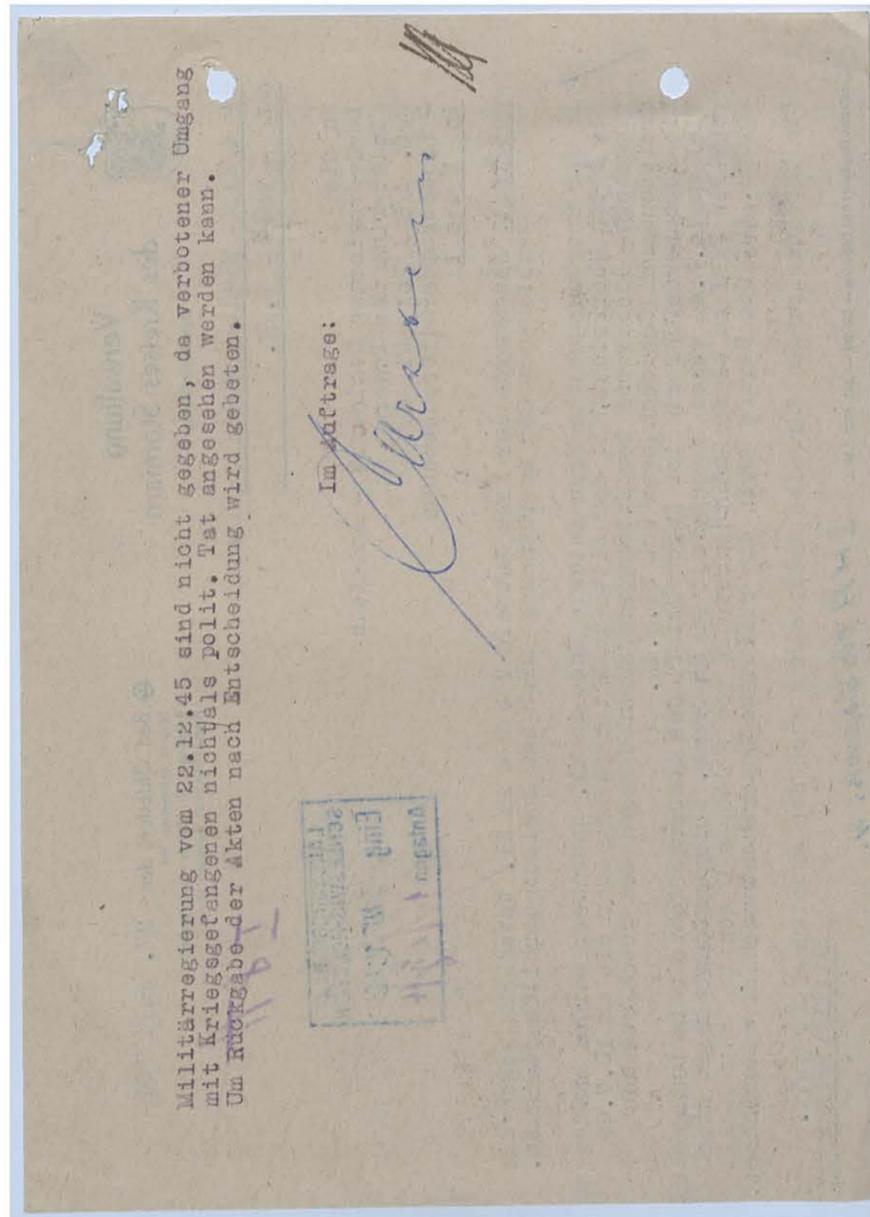
Die Voraussetzungen für eine Anerkennung nach der Anweisung der brit. Militärregierung

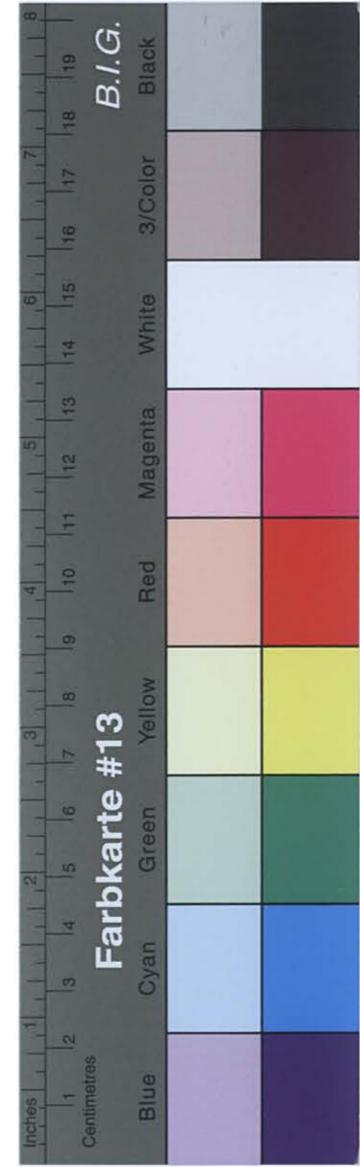
*S H 17 065 bewirkt. w.*

Landes-Druckerei Bad Oldesloe — DR 286 — 813 500 749 A

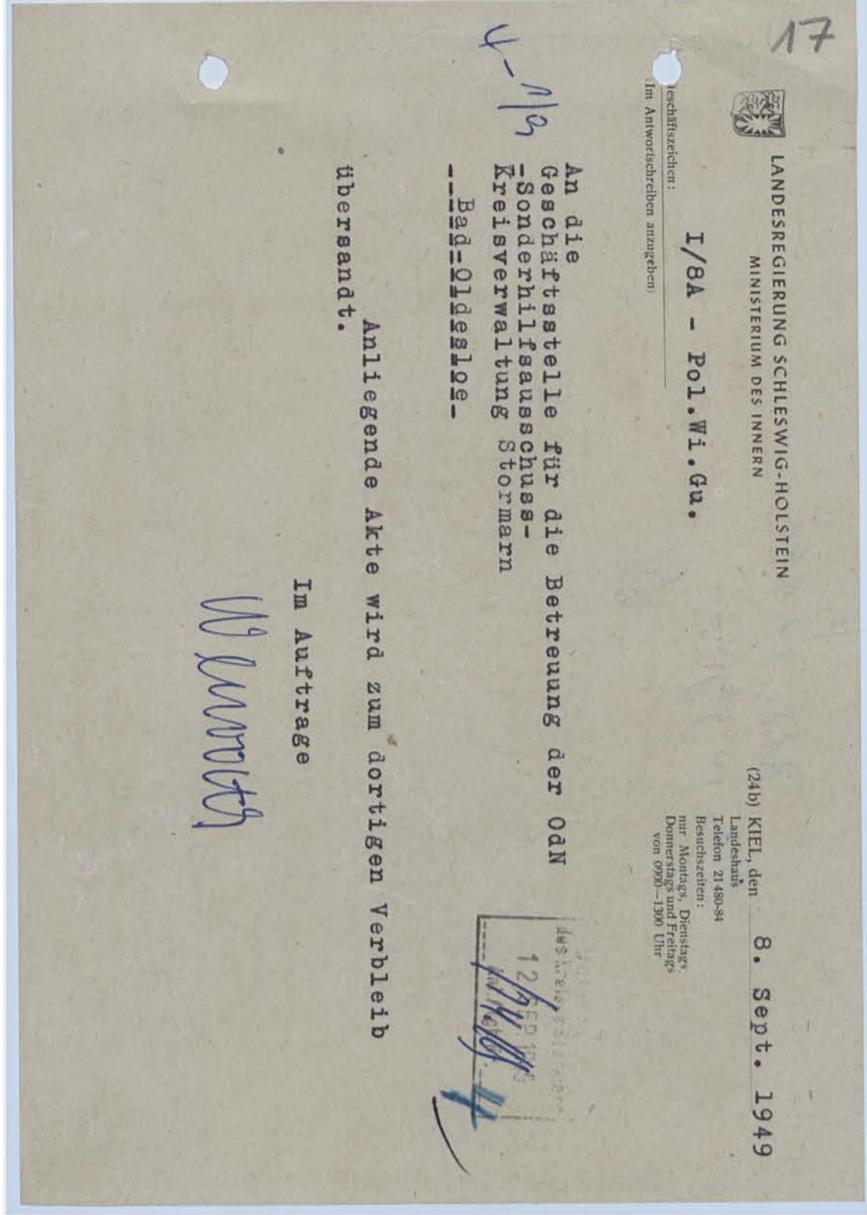
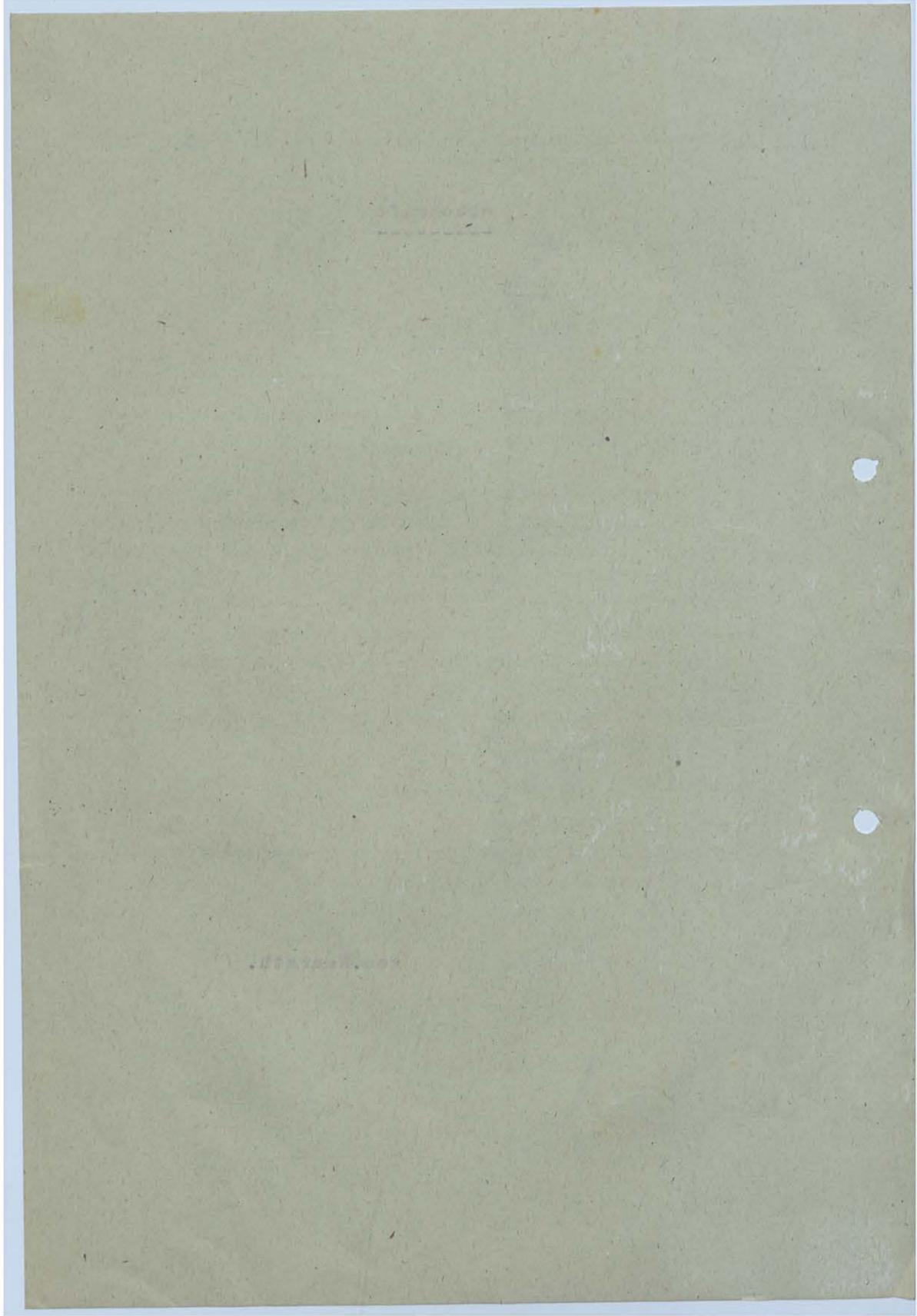


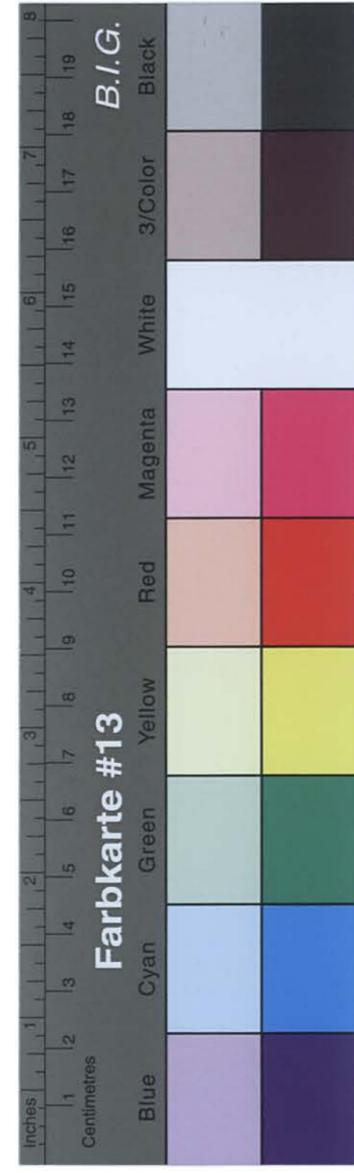
# Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2

